

Ley, Frauke (002)

Von: StaedteSichererHaefen <StaedteSichererHaefen@rathaus.potsdam.de>
Gesendet: Donnerstag, 23. November 2023 14:47
An: StaedteSichererHaefen
Cc: Berlin - Janne Grote; lisa.lorbeer@intmig.berlin.de; maria.prsa@muenchen.de
Betreff: Erklärung der Internationalen Allianz Sicherer Häfen
Anlagen: IASH_Villeurbanne_Erklärung_deutsche Uebersetzung.pdf; Declaration_EN.pdf

Kennzeichnung: Zur Nachverfolgung
Kennzeichnungsstatus: Gekennzeichnet

Liebe Mitglieder im Bündnis Städte Sicherer Häfen,
sehr geehrte Kolleg*innen,

die Diskussion um die Migrationspolitik in Deutschland bestimmt aktuell Medien und Öffentlichkeit. Auch die EU diskutiert aktuell eine Reform der Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Nach jahrelangen Verhandlungen hat sich der Rat der EU-Innenminister*innen im Sommer diesen Jahres auf eine gemeinsame Position für die Reform des GEAS geeinigt. Derzeit werden die Reformvorschläge mit dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission verhandelt. Ziel ist es, die Asylreform vor der Europawahl 2024 abzuschließen.

Im Rahmen des EU-Projekts „Cities4Refugees“ arbeitet die **Internationale Allianz der Sicherer Häfen (IASH)** an einer Stärkung der Zusammenarbeit ihrer europäischen Mitgliedsstädte. Das europaweite Städtebündnis IASH **möchte den städtischen Stimmen mehr politisches Gehör in den Diskussionen über die Reform des GEAS verleihen**. So soll sichergestellt werden, dass auch dem bedeutsamen Beitrag von Kommunen bei Unterbringung, Versorgung und Integration von Geflüchteten mehr Rechnung getragen wird, was auf europäischer Ebene bisher nur sehr eingeschränkt passiert, wie wir im Rahmen eines Austausches mit EU-Parlamentarierinnen und –Parlamentariern sowie Kommissionsvertretenden Anfang November erfahren haben.

Mit einer Aktualisierung der Palermo-Erklärung, dem Gründungsdokument der IASH, sollen die wesentlichen Kernforderungen nochmals herausgestellt und die Rolle der Kommunen als Schlüsselakteure bei der Umsetzung einer solidarischen Asylpolitik und einer erfolgreichen Umsetzung von Verteilungs- und Integrationsprozessen herausgehoben werden.

Anbei erhalten Sie die **Gemeinsame Erklärung der Internationalen Allianz der Sicherer Häfen**, die „Villeurbanne Erklärung“ (in englischer Originalversion und deutscher Übersetzung).

Auch nicht IASH-Mitglieder werden aufgerufen, beigefügte **Erklärung zu unterstützen**. Dies haben bereits zahlreiche weitere Städte gemacht (u. a. Lyon, Poitiers, Utrecht, Zagreb). Darüber hinaus hat das französische Willkommensstädtennetzwerk ANVITA, das 80 Kommunen vertritt, die gemeinsame Erklärung unterzeichnet, so dass sich mittlerweile **bereits mehr als 100 europäische Kommunen** hinter der Erklärung versammelt haben. Aus unserem Städtebündnis haben bereits 12 IASH-Mitglieder die Erklärung gezeichnet.

Gerne reichen wir von der Koordinierungsstelle Bündnis Städte Sicherer Häfen auf Bitten der IASH-Koordinierungsgruppe die Erklärung weiter an unsere Mitgliedskommunen und Landkreise. Bitte richten Sie Ihr Mitzeichnungsinteresse oder bereits Ihre Mitzeichnung **bis Fr, 15.12.23** an

janne.grote@intmig.berlin.de
lisa.lorbeer@intmig.berlin.de
maria.prsa@muenchen.de

Auch bei Fragen können Sie sich gerne an die Kolleg*innen aus Berlin und München wenden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Linda Fournet
Landeshauptstadt Potsdam
Bereich Partizipation und Demokratiewerk
Koordinierungsstelle Bündnis Städte Sicherer Häfen
Friedrich-Ebert-Str. 79-81, 14469 Potsdam
Telefon: 0331 289 3426
Mobiltelefon: 0171 53 56 046
Fax: 0331 289 84 3430
E-Mail: StaedteSichererHaefen@Rathaus.Potsdam.de

www.potsdam.de

www.potsdam-bekannt-farbe.de

www.buergerbeteiligung.potsdam.de

Gemeinsame Erklärung für eine humanitäre Asylpolitik

Präambel

Noch nie waren so viele Menschen zur Flucht gezwungen wie heute. Derzeit sind es rund 110 Millionen Menschen, von denen mehr als 50 % als Binnenvertriebene in ihrem Herkunftsland bleiben. Diese Menschen fliehen vor gewaltsamen Konflikten, Kriegen, Menschenrechtsverletzungen und Verfolgung. Die Zahl der Geflüchteten, die in Europa Schutz und Asyl suchen, ist in den Jahren 2022 und 2023 erheblich gestiegen. Die Europäische Union (EU) hat große Solidarität gezeigt, indem sie Millionen von Geflüchteten aus der Ukraine Schutz gewährt und im März 2022 einen bis dahin nicht genutzten Rechtsmechanismus in Kraft gesetzt hat.

Trotz der Herausforderungen, die die steigende Zahl von Geflüchteten in Europa für viele Kommunen mit sich bringt,

bezugnehmend auf die laufenden Verhandlungen zwischen dem Europäischen Parlament, dem Europäischen Rat und der EU-Kommission über das Gemeinsame Europäische Asylsystem und

mit Blick auf die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2024,

bekräftigt die Internationale Allianz der Sicherer Häfen (IASH) ihre mit der Palermo-Erklärung vom 25.06.2021 verabschiedeten Positionen und unterstreicht mit dieser Erklärung, gemeinsam mit weiteren unterstützenden Kommunen und Akteuren, ihre zentralen Forderungen.

Um unsere Ziele zu erreichen, wollen wir als Städte und Gemeinden auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene Hand in Hand arbeiten und fordern die europäischen und nationalen Institutionen auf, unsere Positionen zu unterstützen:

Menschlichkeit, Solidarität und Freiwilligkeit

Als europäische Städte und Gemeinden bieten wir seit Jahrzehnten Asylsuchenden, Geflüchteten und Migrant*innen eine neue Heimat. Wir bekennen uns bedingungslos zu humanitären Werten, universellen Menschenrechten und dem Recht auf Asyl, auch in schwierigen Zeiten. Eine Gesetzgebung, die geschlossene Lager an den EU-Außengrenzen begünstigt, die weder Solidarität noch eine gerechte Aufteilung der Verantwortung gewährleistet, ist mit den humanitären Werten Europas unvereinbar. Die vorgeschlagenen Maßnahmen gefährden die Menschenrechtsstandards und die europäischen Grundsätze, ohne eine gerechte Verteilung von Geflüchteten und Asylbewerber*innen auf alle europäischen Mitgliedstaaten zu erreichen.

Das ist nicht das Europa, das wir uns für die Zukunft vorstellen!

Wir setzen uns ein für ein Europa ohne illegale Pushbacks; für ein Europa, das das Leben jedes Menschen schützt, der zur Flucht gezwungen ist, sei es auf dem Seeweg oder auf dem Landweg; für ein Europa, das die Rechte von Asylsuchenden, Geflüchteten und Migrant*innen in vollem Umfang achtet und ihnen die gleichberechtigte Chance gibt auf kontrollierte, rechtsstaatliche Verfahren in Übereinstimmung mit dem internationalen und europäischen Recht auf der Grundlage unseres gemeinsamen europäischen Wertekanons.

Wir brauchen eine unterstützende Politik, geeignete Rechtsinstrumente und Maßnahmen. Wir können Erfahrung und Expertise in Fragen der Aufnahme, Integration, Inklusion und Partizipation anbieten. Wir bekennen uns zu der rechtlichen Verpflichtung, die grundlegenden Menschenrechte zu wahren. Die Europäische Union muss unsere Expertise wertschätzen und unsere Positionen in den Reformprozess des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems einbringen.

Ein Recht auf Asyl und keine Transitzonen an den Außengrenzen

Die Europäische Union muss sicherstellen, dass das Gemeinsame Europäische Asylsystem das individuelle Recht auf Asyl und einen fairen und effizienten Zugang zu schnellen Asylverfahren für Schutzsuchende gewährleistet. Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um geschlossene Lager oder Transitzonen an den EU-Außengrenzen zu verhindern. Zu diesem Zweck werden die an den Außengrenzen der Europäischen Union ankommenden Personen so schnell wie möglich auf die Städte, Regionen und EU-Mitgliedstaaten verteilt. Im Rahmen eines EU-Verteilungsmechanismus sollten Städte und Gemeinden die Freiheit haben, eigenständig Aufnahmekapazitäten anzubieten. Das Verteilungs- und Umsiedlungsverfahren soll familiäre und weitere bedeutsame Bindungen der Asylsuchenden berücksichtigen.

Solidarität stärken

Die Europäische Union soll einen verbindlichen Mechanismus einrichten, um eine gerechte Aufteilung der Verantwortung und Aufnahme von Geflüchteten in den EU-Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Als europäische Städte fordern wir geeignete Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Solidarität nicht nur in Ausnahmefällen oder auf freiwilliger Basis gewährt wird. Willige Kommunen sollen in die Lage versetzt werden, zusätzliche Aufnahmekapazitäten anzubieten.

Direkte EU-Finanzierung für Aufnahmekommunen

Die Kommunen sind Schlüsselakteure bei der Realisierung einer echten Solidarität und erfolgreicher Verteilungs- und Integrationsprozesse. Daher sollen sie die Möglichkeit haben, sich an der Migrations- und Fluchtpolitik zu beteiligen. Die Europäische Union sollte direkte finanzielle Unterstützung für Kommunen bereitstellen, die Geflüchtete aufnehmen und integrieren.

Legale Einwanderungswege für eine pragmatische Einwanderungspolitik

Die Europäische Union soll eine legale Einwanderungspolitik anstreben, die auf geregelten Asylverfahren und wirksamen Integrationsmaßnahmen fußt.